

6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft

c/o Frank Gockel
Pöppinghauser Str. 20
32756 Detmold
Tel.: 07 00-22 99 77 11
Fax: 0 52 31-60 10 85
E-Mail: vernetzung@gegenAbschiebehaf.de

- P R E S S E M I T T E I L U N G -

Rechtswidrige Praxis bei Abschiebungshaft

6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft in Paderborn Häufige Verfahrensmängel bei Abschiebungshaft beklagt

In Paderborn fand am Wochenende die 6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft statt, an der haupt- und ehrenamtlich in der Abschiebungshaft Tätige aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden teilnahmen. Im Fokus der Referate von BeraterInnen und AnwältInnen stand der Vergleich der Haftpraxis in Deutschland und Frankreich.

Die ReferentInnen beklagten, dass in Deutschland Menschen nur aus ausländerrechtlichen Gründen bis zu 18 Monate inhaftiert werden, obwohl sie sich keine Straftat haben zu Schulden kommen lassen. Vor diesem Hintergrund sei es um so erschreckender, dass im Bereich der Abschiebungshaft sehr viel leichter Freiheitsentzug verhängt werde als im Bereich der Strafhaft. Ein Anwalt berichtete, dass 1/3 bis die Hälfte seiner Mandanten rechtswidrig inhaftiert gewesen sei. In diesen Fällen müsse Schadensersatz gezahlt werden.

Die französische Erfahrung zeige, so eine Vertreterin der französischen Menschenrechtsorganisation CIMADE, dass eine Verlängerung der Haftdauer nicht zu einer Erhöhung der Abschiebungszahlen führe. Allerdings würde in Frankreich seit dem Amtsantritt von Innenminister Sarkozy sehr viel mehr Abschiebungshaft verhängt als davor, darunter sogar Familien mit kleinen Kindern. Dies gehe einher mit vermehrten Razzien unter ausländisch aussehenden Menschen, wodurch eine rassistische Grundstimmung geschürt werde. Allerdings gebe es in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland auch eine breitere gesellschaftliche Debatte, v.a. in Bezug auf die Doppelbestrafung von Menschen, die nach verbüßter Strafhaft abgeschoben werden – eine in Deutschland längst überfällige Debatte.

Besorgt zeigten sich die Teilnehmenden angesichts der Harmonisierung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik. Sie kritisierten, dass sich überwiegend restriktive Vorgehensweisen europaweit durchsetzen, so z.B. die in Deutschland übliche Wiedereinreisesperre, mit der über eine Viertelmillion Menschen vom Schengengebiet ferngehalten werden. Darunter sind viele Menschen mit langjährigen familiären und sozialen Bindungen in Deutschland. Gegen diese

Entwicklung stellte die 6. Fachtagung einen weiteren Schritt für eine verstärkte deutsch-französische Vernetzung dar.

„Gerade im Bereich Abschiebungshaft wird der Freiheitsentzug oft als reiner Verwaltungsakt betrachtet, ohne sich um die betroffenen Menschen zu kümmern – mit in der Praxis erschreckenden Auswirkungen“ resümierte Frank Gockel, Organisator der Fachtagung, die Ergebnisse. „Die Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene lassen befürchten, dass die Haft in Zukunft noch zunehmen wird und immer mehr Menschen, die nichts verbrochen haben, im Gefängnis landen.“

Im Rahmen der Fachtagung wurde das Berliner Bildungsprojekt „Sichtbar werden“ vorgestellt (www.sichtbarwerden.de). Mehr als 40 Schulklassen wurde am Beispiel von fünf realen Lebensgeschichten ein Einblick in das Thema Flucht, Illegalität und Abschiebung ermöglicht. Dieses gelungene Bildungsprojekt hat nach Meinung der TagungsteilnehmerInnen Vorbildcharakter. Im ganzen Bundesgebiet ist weitere Arbeit zur Überwindung des großen Unwissens über die Lage von Menschen ohne Aufenthaltsrecht dringend notwendig.